

## Amtsblatt für die Gemeinde Emstek

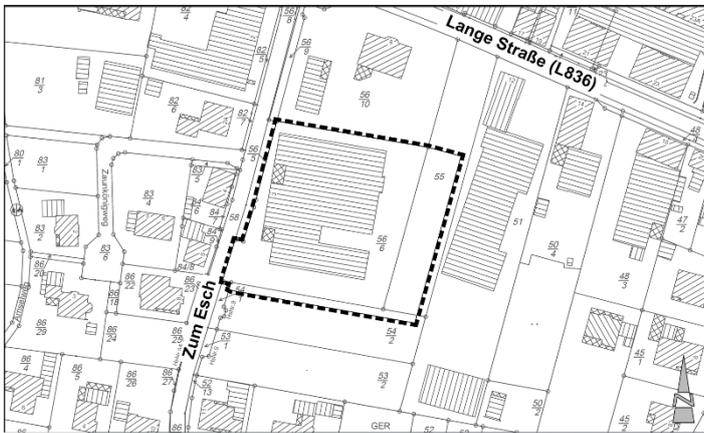
Online gestellt und somit verkündet in Emstek am 18.10.2023

1. Jahrgang  
Nr. 029 / 2023

### Bekanntmachung

#### Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 137.1 „Emstek – Östlich Zum Esch“ mit örtlichen Bauvorschriften gem. § 13 a BauGB

Der Rat der Gemeinde Emstek hat in seiner Sitzung am 04.10.2023 den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 137.1 „Emstek – Östlich Zum Esch“ mit örtlichen Bauvorschriften als Satzung gefasst. Der Bebauungsplan wurde im Verfahren nach § 13 a BauGB aufgestellt.



Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist aus dem abgedruckten Kartenausschnitt ersichtlich.

Mit dieser Bekanntmachung tritt der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 137.1 „Emstek – Östlich Zum Esch“ mit örtlichen Bauvorschriften in Kraft.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan mit der dazugehörigen Begründung kann ab sofort im Rathaus der Gemeinde Emstek, Am Markt 1, 49685 Emstek während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden. DIN-Vorschriften, VDI-Richtlinien etc. auf die der Bebauungsplan Bezug nimmt, werden in der jeweils gültigen Fassung während der Dienststunden im Rathaus der Gemeinde Emstek bereitgehalten.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 137.1 kann mit Begründung zur Einsichtnahme auf der Homepage der Gemeinde Emstek unter [www.emstek.de](http://www.emstek.de) unter Bürgerservice/Bauen und Wohnen/rechtskräftige Bauleitpläne eingesehen werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass nach § 215 Abs. 1 BauGB eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtlichen Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans sowie nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs dann unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Emstek unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden ist. § 215 Abs. 1 Satz 1 BauGB gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2 a BauGB beachtlich sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für die in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Michael Fischer  
Bürgermeister